

K-4-2421-7 Zukunft schaffen – Innovationen und Chancen

Antragsteller*in: GRÜNE Jugend Berlin

Beschlussdatum: 22.02.2021

Änderungsantrag zu K-4

Von Zeile 542 bis 543 einfügen:

Antisemitismus, Queerfeindlichkeit und Sexismus aufklären, und im Lehrplan eine kritischere Auseinandersetzung mit Kolonialismus und Stereotypen verankern. Für eine inklusive und barrierefreie Schule Schon seit den 1990er Jahren werden in Berlin Menschen mit und ohne Behinderung beschult. Wir wollen die Inklusionsentwicklung im Bildungsbereich weiter vorantreiben und Schulen mit den benötigten finanziellen und personellen Mitteln ausstatten. Aktuell sind zahlreiche Schulbegleiter*innen Teil des inklusiven Alltags. Diese begleiten Inklusionskinder den gesamten Schultag über und sind für den Übergang an eine inklusive Schule unersetzlich. Darum müssen wir Schulbegleiter*innen finanziell weiter stärken, ihre Ausbildung verbessern und landesweite Qualitätsstandards einführen. Schulbegleiter*innen sollen direkt an Schulen angestellt sein, die Praxis der einjährig-befristeten Verträge und der ungeklärten Zuständigkeiten muss beendet werden. Schulbegleiter*innen ohne pädagogische und/oder therapeutische Vorbildung soll mindestens die Ausbildung als Sozialassistent*in finanziert werden. Eltern von Kindern mit Behinderung wollen wir bei der Beantragung von Schulbegleitungen unter die Arme greifen. Darüber hinaus wollen wir die Anzahl aller pädagogischen und insbesondere der sonderpädagogischen Kräfte an Schulen weiter erhöhen. Langfristig streben wir an, dass Inklusionsklassen von gleichberechtigten pädagogischen Teams geleitet werden. Von der daraus resultierenden individuellen Unterrichtspraxis werden alle Schüler*innen profitieren. Jede Schule muss so schnell wie möglich barrierefrei und behindertengerecht werden. Wir wollen die bauliche Umgestaltung der Schulgebäude dahingehend vorantreiben. Außerdem setzen wir uns für die verpflichtende Einrichtung eines Ruhe- bzw. Schutzraums ein, welcher in akuten Konfliktsituationen aufgesucht werden kann.

Begründung

Es ist wichtig die Inklusion im Bildungsteil extra zu thematisieren, da noch zahlreiche Schwierigkeiten existieren, die nicht ignoriert werden können. Schulbegleiter*innen erhalten häufig nur den Mindestlohn und werden von den anderen Lehrkräften zu wenig wertgeschätzt, vermutlich auch aufgrund der mangelnden einheitlichen Qualitätsstandards ihrer Ausbildung. Darüber hinaus bestehen Unklarheiten im Bereich der Zuständigkeit, weshalb Schulbegleiter*innen beispielsweise ihre FFP2 Masken aus eigener Taschen zahlen müssen. Das erzeugt Unmut bei den Betroffenen und führt häufig zum Jobwechsel. Das ist fatal, da ihre Arbeit dringend benötigt wird, um Inklusion flächendeckend zu ermöglichen. Des Weiteren müssen Eltern die Schulbegleitung immer wieder aufs Neue beantragen, weshalb sich einige gegen die Inklusion für ihr Kind entscheiden.

Ein großes Problem ist zudem die fehlende sonderpädagogische Ausbildung der vorhandenen Lehrkräfte, welche aus Überforderung verständlicherweise zu einfachen Tätigkeiten, wie dem Ausmalen von Mandalas greifen, um ihre Schüler*innen mit Beeinträchtigung zu beschäftigen. Die Bereitstellung von "Extrastunden" für sonderpädagogische Förderung greift nicht, da Schulen unter Personalmangel leiden und aus diesem Grund häufig ihre verfügbaren Stunden für Vertretungslehrkräfte verwenden. Das kann nicht der Anspruch einer wirklichen Inklusion in Berlin sein. Daher brauchen wir dringend mehr qualifiziertes und gut bezahltes Personal, um Inklusion für Kinder, Pädagog*innen und Eltern zu erleichtern. Leider sind bis heute nicht alle Schulen barrierefrei, was die Teilhabe von körperlich eingeschränkten Menschen verhindert. Ruheräume werden auch

dringend für Kinder mit Autismus benötigt, da sie in Pausen oder beim Essen eine reizarme Umgebung brauchen.